OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-400807/5/FP

Datum:
Linz, 12. September 2024

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seinen Richter Mag. Pohl über die Beschwerde von A__, gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Schärding vom 7. Februar 2024, GZ: BHSD/923140015032/23, wegen einer Übertretung des BStMG

zu Recht:

I. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

II. Der Beschwerdeführer hat einen Beitrag zu den Kosten des Beschwerdeverfahrens in der Höhe von 60 Euro zu leisten.

III. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

[In naam van de Republiek!

De deelstaatadministratieve rechtbank van Opper-Oostenrijk heeft bij monde van rechter Mag. Pohl uitspraak gedaan over de klacht van A__, tegen het boetebesluit van het districtsbestuur van 7 februari 2024, Bestandsnummer: BHSD/923140015032/23, vanwege een overtreding van de BStMG,

Terecht

I. De klacht wordt afgewezen omdat deze ongegrond is

II. De klager moet een bijdrage leveren in de kosten van de klachtenprocedure ter hoogte van 60 euro.

III. Tegen dit besluit is geen beroep mogelijk.

(Machinevertaling)]

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit dem im Rubrum genannten Straferkenntnis verhängte die belangte Behörde eine Strafe von 300 Euro (Ersatzfreiheitsstrafe 1 Tag, 9 Stunden) über den Beschwerdeführer (Bf) und machte ihm folgenden Vorwurf:

„Spruch

1.	Datum/Zeit:	25.06.2023, 19:51 Uhr
	Ort:	C__, A8 Str.km 70,02, Abschnitt D__ im Innkreis, Fahrtrichtung: KN Voralpenkreuz
	Betroffenes Fahrzeug:	PKW, Kennzeichen: aaa (NL)

Sie haben ein Kraftfahrzeug auf dem mautpflichtigen Straßennetz gelenkt, ohne die zeitabhängige Maut ordnungsgemäß entrichtet zu haben, obwohl die Benützung von Mautstrecken mit einspurigen Kraftfahrzeugen und mit mehrspurigen Kraftfahrzeugen, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht nicht mehr als 3,5 Tonnen beträgt, der zeitabhängigen Maut unterliegt. Die zeitabhängige Maut ist vor der Benützung von Mautstrecken durch Anbringen einer gültigen Klebevignette am Fahrzeug oder durch Registrierung des Kennzeichens des Fahrzeuges im Mautsystem der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (Digitale Vignette) zu entrichten.
Zum Zeitpunkt der Benützung des mautpflichtigen Straßennetzes war am Kraftfahrzeug weder eine gültige Klebevignette angebracht noch war für das Kennzeichen des Fahrzeuges eine zum Zeitpunkt der Benützung gültige Digitale Vignette registriert, wodurch die zeitabhängige Maut nicht ordnungsgemäß entrichtet wurde.
Die am Fahrzeug angebrachte Klebevignette war nicht gültig, da sie nicht ordnungsgemäß entsprechend den Vorgaben der Mautordnung für die Autobahnen und Schnellstraßen Österreichs angebracht (geklebt) war. Bei der am Fahrzeug angebrachten Klebevignette wurde die Trägerfolie nicht vollständig entfernt (das "X" war sichtbar), weshalb die angebrachte Vignette nicht gültig war.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschrift(en) verletzt:
1. § 20 Abs. 1 BStMG 2002 BGBl. I Nr. 109/2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 155/2021 i.V.m. § 10 Abs. 1 BStMG 2002 BGBl. I Nr. 109/2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/2019 und § 11 Abs. 1 BStMG 2002 BGBl. I Nr. 109/2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/2019

Wegen dieser Verwaltungsübertretung(en) wird (werden) über Sie folgende Strafe(n) verhängt: [...]“

Weiters ordnete die belangte Behörde an, der Bf habe als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens 30 Euro zu bezahlen.

I.2. Gegen dieses Straferkenntnis erhob der Bf mit am 4. März 2024 bei der Behörde eingelangtem Schriftstück rechtzeitig Beschwerde, in der er auf das

Wesentliche zusammengefasst vorbrachte, dass er eine Vignette gekauft habe und auch das „Ticket“ bezahlt habe.

I.3. Mit Schreiben vom 5. März 2024 legte die belangte Behörde dem Verwaltungsgericht die Beschwerde samt Verfahrensakt zur Entscheidung vor, ohne eine Beschwerdevorentscheidung zu fällen. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich entscheidet durch den nach der Geschäftsverteilung zuständigen Einzelrichter (§ 2 VwGVG).

II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den vorliegenden Verwaltungsstrafakt. Das Verwaltungsgericht sieht gemäß § 44 Abs. 3 Z 3 VwGVG von der Abhaltung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung ab, weil keine 500 Euro übersteigende Geldstrafe verhängt wurde und keine der Parteien eine Verhandlung beantragt hat.

II.2. Nachstehender entscheidungswesentlicher S A C H V E R H A L T steht fest:

Der Bf hat am 25. Juni 2023 um 19:51 Uhr als Lenker des PKW mit dem holländischen Kennzeichen 7-ZSG-05 die Autobahn A8 in C__, Strkm. 70,02, Abschnitt D__, Fahrtrichtung KN Voralpenkreuz, befahren. Das KFZ hatte ein höchstes zulässiges Gesamtgewicht von nicht mehr als 3,5 Tonnen. An die Windschutzscheibe des KFZ war zum Betretungszeitpunkt keine Vignette angeklebt. Vielmehr war diese, ohne sie von der Trägerfolie abzuziehen, zwischen Windschutzscheibe und Innenverkleidung der A-Säule geklemmt.



Eine digitale Vignette war nicht registriert. Die ASFINAG hat den Bf als Zulassungsbesitzer des verwendeten KFZ zur Entrichtung der Ersatzmaut aufgefordert (Rechnung Nr. bbb). Die Ersatzmaut wurde nicht entrichtet.
[Beweisbilder, Angaben Bf, Schreiben ASFINAG]

Der Bf lenkte bereits am 11. Juli 2023 um 11:52 Uhr ein KFZ auf österreichischen Autobahnen und wurde diesbezüglich mit Rechnung Nummer 29244109 zur Entrichtung der Ersatzmaut aufgefordert, die der Bf am 21. August 2023 entrichtete. [Mitteilung ASFINAG, Zahlungsbeleg]

II.3. Beweiswürdigung

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich zweifels- und widerspruchsfrei aus dem vorliegenden Verwaltungsstrafakt, insbesondere den in Klammern angegebenen Beweismitteln.
Der Bf legt dar, dass er eine Vignette erworben und zudem die Ersatzmaut bezahlt habe.
Aufgrund der Lichtbilder aus der automatischen Mautüberwachung ist offensichtlich, dass der Bf zwar über eine Vignette verfügte, dass diese aber nicht von der Trägerfolie abgelöst und an die Windschutzscheibe geklebt worden ist, sondern einfach zwischen Scheibe und Scheibenrahmen geschoben wurde. Dies ist aufgrund der Positionierung, vor allem aber aufgrund des Vorhandenseins des auf der Trägerfolie außen aufgedruckten schwarzen Symbols „X“ zweifelsfrei erkennbar.
Was das Vorbringend des Bf betrifft, er habe das „Ticket“ bezahlt, hat eine Nachfrage bei der ASFINAG ergeben (und ist dies auch aufgrund des Schreibens der ASFINAG im Akt und der auf dem Zahlungsbeleg ersichtlichen Rechnungsnummer ersichtlich), dass dies Zahlung eine andere Fahrt an einem anderen Tag betroffen hat.
Mit diesem Umstand wurde der Bf mit Schreiben vom 27. August 2024 (neuerlich) konfrontiert, worauf er allerdings nicht reagiert hat.

Dem gesamten Vorbringen des Bf ist zu entnehmen, dass er glaubt, es reiche eine Vignette zu erwerben und zu besitzen.

Der Bf bestreitet das Lenken des KFZ nicht. Vielmehr ergibt sich aus dem Gesamtzusammenhang des Vorbringens des Bf, dass er selbst es war der das KFZ gelenkt hat. Der Bf hat auch keinen anderen Lenker benannt, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass er selbst der Lenker des KFZ war.

III. Rechtsgrundlagen

§ 1 Abs. 1 BStMG 2002 lautet:

„§ 1. (1) Für die Benützung der Bundesstraßen mit Kraftfahrzeugen ist Maut zu entrichten."

§ 10 Abs. 1 BStMG 2002 lautet:

„§ 10. (1) Die Benützung von Mautstrecken mit einspurigen Kraftfahrzeugen und mit mehrspurigen Kraftfahrzeugen, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht nicht mehr als 3,5 Tonnen beträgt, unterliegt der zeitabhängigen Maut."

§ 11 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 5 BStMG 2002 lauten:

„§ 11. (1) Die zeitabhängige Maut ist vor der Benützung von Mautstrecken durch Anbringen einer Klebevignette am Fahrzeug oder durch Registrierung des Kennzeichens des Fahrzeugs im Mautsystem der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (digitale Vignette) zu entrichten.
(2) Die Jahresvignette hat eine Gültigkeit von einem Kalenderjahr und berechtigt zur Benützung aller Mautstrecken auch im Dezember des Vorjahres und im Jänner des Folgejahres. Die Zweimonatsvignette berechtigt zur Benützung aller Mautstrecken im Zeitraum von zwei Monaten. Die Gültigkeit endet mit Ablauf jenes Tages, der durch sein Tagesdatum dem ersten Gültigkeitstag entspricht. Fehlt dieser Tag im zweiten Monat, so endet die Gültigkeit mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats. Die Zehntagesvignette berechtigt zur Benützung aller Mautstrecken während zehn aufeinanderfolgender Kalendertage.
(3) Das Mitführen der Klebevignette an Stelle der Anbringung am Fahrzeug ist zulässig:
1. bei mehrspurigen Kraftfahrzeugen, die typengenehmigt ohne Windschutzscheibe ausgestattet sind;
2. für Zweimonatsvignetten bei Kraftfahrzeugen, die Probefahrt- oder Überstellungskennzeichen führen [...]"

§ 20 Abs. 1 BStMG 2002 lautet:

„§ 20. (1) Kraftfahrzeuglenker, die Mautstrecken benützen, ohne die nach § 10 geschuldete zeitabhängige Maut ordnungsgemäß entrichtet zu haben, begehen eine Verwaltungsübertretung und sind mit Geldstrafe von 300 € bis zu 3000 € zu bestrafen.
[...]"

Punkt 2.2. der Mautordnung Version 72, Teil A I lautet:

„2.2. KLEBEVIGNETTENANBRINGUNG

2.2.1 Art und Ort der Anbringung der Klebevignette An jedem mautpflichtigen Kraftfahrzeug, dessen Kennzeichen nicht im Mautsystem registriert wurde, ist (unter Berücksichtigung des Punkts 2.2.2 Mautordnung Teil A I) vor Benützung des mautpflichtigen Straßennetzes eine gültige der jeweiligen Fahrzeugkategorie entsprechende Klebevignette ordnungsgemäß (unter Verwendung des originären Vignettenklebers) anzubringen. Jede andere Art der Anbringung (z. B. durch [zusätzliche]

Klebestreifen, andere Arten von Fixierungen oder ein Überkleben der Klebevignette mit einer zusätzlichen Schutzfolie) ist nicht gestattet, verwirkt den Nachweis der ordnungsgemäßen Mautentrichtung und kann den Tatbestand der Mautprellerei (siehe Punkt 1.9) verwirklichen. Klebe-Zehntagesvignetten und Klebe-Zweimonatsvignetten sind nur dann gültig, wenn sie durch ordnungsgemäße, vollständige Lochung des Kalendertages und -monats entwertet wurden. Die Klebevignette für mehrspurige Kraftfahrzeuge ist – nach vollständigem Ablösen von der Trägerfolie – unbeschädigt und direkt so auf die Innenseite der Windschutzscheibe anzukleben, dass sie von vorne außen gut sicht- und kontrollierbar ist (z. B. kein Ankleben hinter einem dunklen Tönungsstreifen, kein Ankleben bei Panoramascheiben an nach hinten gewölbten Teilen der Windschutzscheibe, kein Ankleben an der Seitenscheibe). Bei Nichtbeachtung der Anbringungsvorschriften (z. B. nicht vollständiges Ablösen von der Trägerfolie oder nicht vollständige Anbringung der Vignette) kann der Tatbestand der Mautprellerei (siehe Punkt 1.9) verwirklicht werden. Auf die Anbringungsempfehlung auf der Rückseite der Klebevignette wird hingewiesen. Bei Motorrädern ist die Klebevignette gut sichtbar und kontrollierbar an einem nicht oder nur schwer zu entfernenden Bestandteil des Motorrades anzukleben. Im Interesse der Verkehrssicherheit und um eine wirksame und benutzerfreundliche Kontrolle der Entrichtung der zeitabhängigen Maut zu gewährleisten, sollte tunlichst neben der jeweils gültigen Klebevignette höchstens eine zweite Klebevignette am Kraftfahrzeug angebracht sein. Das Ablösen und Umkleben einer bereits angebrachten gültigen Klebevignette, jede andere als in dieser Mautordnung zugelassene Mehrfachverwendung der Klebevignette oder eine chemische oder auch technische Manipulation des originären Klebevignettenklebers derart, dass bei Ablösen der Klebevignette deren Selbstzerstörungseffekt verhindert wird, ist unzulässig und kann den Tatbestand der Mautprellerei verwirklichen.

2.2.2 Zulässigkeit des bloßen Mitführens Bei Kraftfahrzeugen, die typengenehmigt ohne Windschutzscheibe ausgestattet sind, ist die Klebevignette bloß mitzuführen. Gleiches gilt, falls Windschutzscheiben aufgrund eines technischen Zertifikats des Herstellers in keinen Kontakt mit dem Klebevignettenkleber gebracht werden dürfen, sofern ein fahrzeugbezogenes Freigabeschreiben der ASFINAG Maut Service GmbH (siehe Information bei Punkt 1.13) im Original mitgeführt wird. ASFINAG Teil A I Mautordnung Seite 28 von 134 Version 72 Bei Kraftfahrzeugen, die ein Probefahrt- oder Überstellungs-kennzeichen führen, ist anstelle des direkten Anklebens auch das getrennte Mitführen einer ordnungsgemäß entwerteten Klebe-Zweimonatsvignette gestattet (siehe Punkt 1.5.2). Bei Abstellen und Verlassen des Kraftfahrzeuges (so im Bereich von am mautpflichtigen Straßennetz befindlichen Raststätten) ist generell die Klebevignette von außen gut sicht- und kontrollierbar im Kraftfahrzeug zu hinterlegen. Bei Nichtbeachtung kann der Tatbestand der Mautprellerei (siehe Punkt 1.9) verwirklicht werden.“

IV. Rechtliche Beurteilung

IV.1. Objektiver Tatbestand

Aus § 11 Abs. 1 BStMG ergibt sich, dass die Maut durch Anbringen einer Klebevignette oder durch Erwerben der sogenannten digitalen Vignette zu

entrichten ist. Der Bf hatte zur Tatzeit keine Vignette am von ihm gelenkten PKW ordnungsgemäß angebracht gehabt. Es war auch keine elektronische Vignette gelöst worden.

Die Vignette hat nach den gesetzlichen Grundlagen beim Auffahren auf das mautpflichtige Bundesstraßennetz ordnungsgemäß angebracht zu sein.

Zum Tatzeitpunkt war an der Windschutzscheibe des vom Bf benutzten PKW eine Vignette vorhanden, sie war aber nicht von der Trägerfolie abgezogen und an die Windschutzscheibe geklebt. Auf den Lichtbildern ist ersichtlich, dass die Vignette samt Trägerfolie nur zwischen Scheibenrahmen und Windschutzscheibe eingeklemmt wurde. Gültigkeit erlangt die Vignette nach den zugrundeliegenden Normen erst dann, wenn sie vollständig von der Schutzfolie abgezogen wird und den Bestimmungen der Mautordnung gemäß, also etwa außerhalb eines Tönungsstreifens, mit dem originären Kleber, vollständig aufgeklebt wird. Solange die Vignette also nicht vollständig an die Windschutzscheibe geklebt und damit entwertet wurde, ist sie nicht gültig, zumal diesfalls die Sicherheitsmerkmale der Vignette (z.B. Selbstzerstörungseffekt) nicht wirksam geworden sind. Die Regelung bezweckt damit etwa, Mehrfachverwendungen, bspw. die Weitergabe innerhalb der Gültigkeitsdauer, zu verhindern.

Im Übrigen war die Vignette teilweise verdeckt, sodass die Tageslochung nicht erkennbar war.

Die vorliegende Vignette war damit ungültig, weshalb der Bf das mautpflichtige Straßennetz benützt hat, ohne eine gültige Vignette ordnungsgemäß an seinem Fahrzeug angebracht zu haben. Dem Bf musste dieser Umstand jedenfalls auffallen, zumal das schwarze Symbol „X“ einen deutlichen Hinweis auf die Ungültigkeit enthält und Vignetten auf ihrer Rückseite ausführliche Verwendungsbestimmungen aufweisen, die auf die korrekte Anbringung hinweisen.

Zumal die Vignette nach den Feststellungen ungültig und nicht vollständig auf die Windschutzscheibe geklebt war, hätte der Bf das mautpflichtige Straßennetz nicht benützen dürfen. Mit der Benützung hat er daher den objektiven Tatbestand des § 20 BStMG iVm § 10 und 11 des BStMG erfüllt.

Die Zahlung der Ersatzmaut in Bezug auf eine andere Fahrt bildet keinen Strafaufhebungsgrund in Bezug auf die vorliegende Tat.

[Uit artikel 11 lid 1 BStMG volgt dat de tol moet worden betaald door het aanbrengen van een zelfklevend vignet of door de aanschaf van het zogenaamde digitale vignet. Verzoeker had ten tijde van het misdrijf niet op de juiste wijze een vignet aangebracht op de auto waarin hij reed. Er was ook geen elektronisch vignet afgegeven.

Volgens wettelijke vereisten moet het vignet bij het betreden van het tolwegennet op de juiste manier worden bevestigd.

Op de voorruit van de door verzoeker gebruikte auto zat ten tijde van het misdrijf een vignet, maar dit was niet van de draagfolie verwijderd en op de voorruit geplakt. Op de foto's is te zien dat het vignet en de draagfolie enkel tussen het raamkozijn en de voorruit werden geklemd. Volgens de onderliggende normen is het vignet pas geldig als het volledig uit de beschermfolie is gehaald en volledig volgens de bepalingen van de tolregeling, dus buiten een getinte strook, met de originele lijm is opgeplakt. Zolang het vignet niet volledig op de voorruit is geplakt en dus gevalideerd, is het niet geldig, vooral omdat in dit geval de veiligheidskenmerken van het vignet (bijvoorbeeld zelfvernietigingseffect) niet van kracht zijn geworden. Het doel van de regeling is om meervoudig gebruik, bijvoorbeeld doorgifte binnen de geldigheidsduur, te voorkomen.

Verder was het vignet gedeeltelijk afgedekt zodat de dagpons niet zichtbaar was.

Het onderhavige vignet was dus ongeldig. Daarom heeft verzoeker gebruik gemaakt van het tolwegennet zonder op de juiste manier een geldig vignet aan zijn voertuig te bevestigen. In ieder geval moet de aanvrager dit feit hebben opgemerkt, temeer daar het zwarte symbool “X” een duidelijke indicatie van invaliditeit bevat en de vignetten op de achterzijde gedetailleerde gebruiksinstructies bevatten die de juiste bevestiging aangeven.

Vooral omdat het vignet ongeldig bleek te zijn en niet volledig aan de voorruit was geplakt, zou verzoekster geen gebruik hebben mogen maken van het tolwegennet. Door het te gebruiken heeft hij dus voldaan aan de objectieve criteria van artikel 20 BStMG in samenhang met de artikelen 10 en 11 van de BStMG.

Het betalen van de vervangende tol in verband met een andere reis vormt geen reden voor opheffing van de boete met betrekking tot de onderhavige overtreding.]

IV.2. Verschulden

Gemäß § 5 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG) genügt zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn

zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

§ 5 Abs. 1 S 2 VStG ordnet der Sache nach an, dass bei fahrlässigen Ungehorsamsdelikten der Verstoß gegen den entsprechenden verwaltungsstrafrechtlichen Rechtsbefehl grundsätzlich Fahrlässigkeit indiziert; der Täter muss diesfalls glaubhaft machen, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift „kein Verschulden trifft“ (*Lewisch* in Lewisch/Fister/Weilguni, VStG § 5 Rz 5).
Beim Delikt nach § 20 Abs. 1 BStMG handelt es sich um ein Ungehorsamsdelikt im Sinne des § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG.

Zur Entkräftung der gesetzlichen Vermutung seines fahrlässigen Handelns hätte der Bf im Sinne der stRsp des Verwaltungsgerichtshofs initiativ alles darzulegen gehabt, was für seine Entlastung spricht.

Der Bf behauptet nicht einmal, die Vignette entsprechend den Bedingungen der Mautordnung an die Scheibe geklebt zu haben. Vielmehr geht er – zu Unrecht – davon aus, dass der Besitz der Vignette ausreicht.

Damit kann sich der Bf insofern nicht entlasten, weil er die Autobahn ohne ordnungsgemäß angebrachte Vignette nicht befahren durfte.

Beim Lenken eines Fahrzeuges in Österreich muss sich der Straßenbenützer über die jeweils gültigen Vorschriften informieren.
Dementsprechend spricht der Verwaltungsgerichtshof bspw. aus:
„Der Inhaber einer Lenkerberechtigung ist verpflichtet, sich über den aktuellen Stand der straßenpolizeilichen Bestimmungen zu informieren (Hinweis E 18.10.1989, 89/02/0039). Das gilt auch für einen Straßen mit öffentlichem Verkehr in Österreich benützenden Ausländer (Hinweis E 23.10.1986, 86/02/0064).“
(VwGH 21. Oktober 1993, 93/11/0115)

[Bij het besturen van een voertuig in Oostenrijk moeten weggebruikers zich informeren over de toepasselijke regelgeving.
Dienovereenkomstig spreekt de Administratieve Rechtbank bijvoorbeeld het volgende uit:
“De houder van een rijbewijs is verplicht zich te informeren over de huidige status van het verkeerspolitiereglement (Nota E 18/10/1989, 89/02/0039). Dit geldt ook voor een buitenlander die in F-Weg gebruikt (Notitie E 23 oktober 1986, 86/02/0064)."
(VwGH 21 oktober 1993, 93/11/0115)]

Der Bf hätte sich über die Vorschriften bezüglich der Anbringung einer Vignette informieren müssen. Im Übrigen enthält jede Vignette auf ihrer Rückseite deutliche Hinweise, wie sie anzubringen ist.

Da der Bf es verabsäumt hat sich entsprechend zu informieren, ist Fahrlässigkeit gegeben.

Dem Bf ist die Tat insofern auch in subjektiver Hinsicht zuzurechnen.

[Nu verzoeker zich niet hierover heeft geïnformeerd, is er sprake van nalatigheid.

Het misdrijf kan dus ook vanuit subjectief oogpunt aan verzoeker worden toegerekend.]

IV.3. Zur Strafbemessung

Gemäß § 19 Abs. 1 VStG ist Grundlage für die Bemessung der Strafe die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat.

Gemäß § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechts sind die §§ 32 bis 35 StGB sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Bei der Strafzumessung handelt es sich laut ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (z.B. VwGH 28.11.1966, 1846/65) innerhalb eines gesetzlichen Strafrahmens um eine Ermessensentscheidung, die nach den Kriterien des § 19 VStG vorzunehmen ist. Demgemäß obliegt es der Behörde in der Begründung ihres Bescheides, die für die Ermessensausübung maßgeblichen Umstände und Erwägungen insoweit aufzuzeigen, als dies für die Rechtsverfolgung durch die Parteien und für die Nachprüfbarkeit des Ermessensaktes auf seine Übereinstimmung mit dem Sinn des Gesetzes erforderlich ist (vgl. u.a. VwSlg 8134 A/1971). § 19 Abs 1 VStG enthält jene objektiven Kriterien, die Grundlage für jede Strafzumessung sind, egal ob sie durch Organmandat, Strafverfügung oder im ordentlichen Verfahren (§§ 40 – 46 VStG) erfolgt.

Darüber hinaus normiert Abs. 2 für das ordentliche Verfahren eine Reihe weiterer zu berücksichtigender subjektiver Umstände. Neben den explizit Genannten, wie

insbes. Verschulden und Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie allfällige Sorgepflichten, findet sich hinsichtlich der Erschwerungs- bzw. Milderungsgründe ein Verweis auf die §§ 32 bis 35 StGB.
Gemäß § 32 Abs. 2 StGB hat das Gericht bei der Bemessung der Strafe die Erschwerungs- und die Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, inwieweit die Tat auf eine gegenüber rechtlich geschützten Werten ablehnende oder gleichgültige Einstellung des Täters und inwieweit sie auf äußere Umstände oder Beweggründe zurückzuführen ist, durch die sie auch einem mit den rechtlich geschützten Werten verbundenen Menschen naheliegen können. Nach Abs. 3 leg. cit. ist maßgeblich, wie intensiv ein Täter durch seine Handlung Pflichten verletzt hat, wie reiflich er seine Tat überlegt hat, wie sorgfältig er sie vorbereitet oder wie rücksichtslos er sie ausgeführt hat. Besondere Milderungsgründe liegen u.a. im Fall eines reumütigen Geständnisses, eines bisherigen ordentlichen Lebenswandels bzw. bisheriger Unbescholtenheit, achtenswerter Beweggründe, bloßer Unbesonnenheit, einer allgemein begreiflichen heftigen Gemütsbewegung, oder wenn die Tat unter einem Umstand, der einem Schuldausschließungs- oder Rechtfertigungsgrund nahekommt, begangen wurde, vor (vgl. § 34 StGB).

Im angefochtenen Straferkenntnis hat die belangte Behörde die gesetzliche Mindeststrafe von 300 Euro verhängt. Damit muss auf andere Strafzumessungsgründe nicht eingegangen werden.

Abgesehen von der in Österreich bestehenden Unbescholtenheit kann dem Bf zugutegehalten werden, dass er die Vignette erworben hat und der ASFINAG insofern kein Schaden entstanden ist. Diese Milderungsgründe überwiegen aber nicht dermaßen, dass eine Anwendbarkeit des § 20 VStG eröffnet wird.

Eine Reduktion der Strafe kommt nach dem Gesetz insofern nicht in Betracht, sondern ist über den Bf, als fahrlässigem Ersttäter zurecht die gesetzliche Mindeststrafe verhängt worden.

Insofern vermag das Gericht keine Mängel bei der Strafzumessung erkennen.

Die Anwendung der Bestimmung des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG (Absehen von der Fortführung des Strafverfahrens/Erteilung einer Ermahnung) setzt voraus, dass die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat und das Verschulden des Beschuldigten gering sind. Diese Voraussetzungen haben kumulativ vorzuliegen. Da jedoch das Verschulden des Bf nicht als gering anzusehen ist und der Bf das im Gesetz typisierte Verhalten gesetzt hat, ist eine Anwendung des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ausgeschlossen.

[In de bestreden straf heeft de betrokken autoriteit de wettelijke minimumboete van 300 euro opgelegd. Dit betekent dat andere redenen voor de veroordeling niet hoeven te worden behandeld.

Los van de eerdere integriteit kan positief worden opgemerkt dat klager het vignet heeft gekocht en dat ASFINAG hierdoor geen schade heeft geleden. Deze verzachtende redenen wegen echter niet zodanig op dat artikel 20 VStG van toepassing is.

Volgens de wet is een verdere strafvermindering niet mogelijk, maar is aan verzoeker, als nalatige eerste overtreder, terecht de wettelijke minimumstraf opgelegd.

De rechtbank kan op dit punt geen tekortkomingen in de strafmaat constateren.

De toepassing van de bepaling van artikel 45 lid 1 punt 4 VStG (afzien van voortzetting van de strafrechtelijke procedure/uitbrengen van een waarschuwing) vereist dat de betekenis van het door het strafrecht beschermde rechtsbelang en de intensiteit van de aantasting ervan door het feit en de schuld van de verdachten zijn laag. Aan deze eisen moet cumulatief worden voldaan. Omdat de schuld van verzoeker echter niet als gering kan worden beschouwd en verzoeker zich gedragsmatig heeft gedragen dat kenmerkend is voor de wet, is toepassing van artikel 45 lid 1 punt 4 VStG uitgesloten.]

V. Im Ergebnis ist die vorgeworfene Tat als Verwaltungsübertretung strafbar. Die Beschwerde ist somit als unbegründet abzuweisen und das angefochtene Straferkenntnis zu bestätigen.

Bei diesem Ergebnis ist dem Bf gemäß § 52 Abs. 1 und 2 VwGVG ein Kostenbeitrag für das Beschwerdeverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht in der Höhe von 60 Euro (das sind 20 % der Strafe) vorzuschreiben.

[Het ten laste gelegde feit is daardoor strafbaar gesteld als een administratief misdrijf. De klacht moet derhalve ongegrond worden verklaard en het bestreden vonnis moet worden bevestigd.

Met dit resultaat is de klager verplicht een bijdrage te betalen in de kosten van de beroepsprocedure bij de Staatsadministratieve Rechtbank ten bedrage van 60 euro (dat is 20% van de boete) in overeenstemming met artikel 52, leden 1 en 2 VwGVG.]

VI. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die Rechtslage in Bezug auf die Pflicht zum vollständigen Ablösen und Aufkleben der Vignette ist klar und die Bezug habenden Normen sind deutlich formuliert.
Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Es liegen auch keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

[Het gewone beroep is niet-ontvankelijk omdat er geen rechtsvraag in de zin van artikel 133 lid 4 B-VG, die van fundamenteel belang is, beoordeeld hoefde te worden. De juridische situatie met betrekking tot de verplichting om de folie volledig te verwijderen en het vignet op de voorruit te plakken is duidelijk en de relevante normen zijn duidelijk geformuleerd.
Het onderhavige besluit wijkt niet af van de eerdere jurisprudentie van de Administratieve Rechtbank, noch ontbreekt er jurisprudentie. Bovendien kan de bestaande jurisprudentie van de Administratieve Rechtbank niet als inconsistent worden beoordeeld. Er zijn ook geen andere aanwijzingen voor de fundamentele betekenis van de op te lossen rechtsvraag]

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen

Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

[Instructies over rechtsmiddelen

Tegen dit besluit is het mogelijk om binnen zes weken na de dag van de uitspraak een klacht in te dienen bij het B__ buitengewoon beroep in te stellen bij de Administratieve Rechtbank. Een klacht bij het B__ moet rechtstreeks bij het J__ worden ingediend, een beroep bij de Administratieve Rechtbank van de Opper-Oostenrijkse Staatsadministratieve Rechtbank. Het opstellen en indienen van een klacht of beroep dient te worden uitgevoerd door een bevoegde advocaat. Voor de klacht of herziening moet een inschrijfgeld van 240 euro worden betaald, tenzij de wet anders bepaalt. U heeft de mogelijkheid om af te zien van een beroep bij de Administratieve Rechtbank en een beroep bij het B__. Een dergelijke ontheffing betekent dat er geen beroep meer kan worden ingesteld bij het Administratieve Hof en dat er geen klacht kan worden ingediend bij het B__. Een afstandsverklaring dient schriftelijk of schriftelijk te worden aangekondigd. Als de afstandsverklaring niet door een professionele partijvertegenwoordiger of in aanwezigheid van één is gedaan, kan deze binnen drie dagen schriftelijk of schriftelijk worden ingetrokken.]

Hinweis

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

[Kennisgeving

Aan een partij moet geheel of gedeeltelijk rechtsbijstand worden verleend als de partij niet in staat is de kosten van het voeren van de procedure te dekken zonder dat dit het noodzakelijke levensonderhoud aantast en de beoogde gerechtelijke vervolging of juridische verdediging niet kennelijk moedwillig of hopeloos lijkt.
Er moet rechtsbijstand worden verleend aan een rechtspersoon of andere entiteit die partij kan zijn, indien noch hij/zij, noch degenen die economisch bij de procedure betrokken zijn, de middelen kunnen bijeenbrengen die nodig zijn om de procedure te voeren, en de beoogde gerechtelijke vervolging of juridische verdediging niet mogelijk is. schijnbaar lijkt baldadig of hopeloos; Hetzelfde geldt voor een officieel aangewezen orgaan of een wettelijke vertegenwoordiger die namens een nalatenschap optreedt, indien de voor het voeren van de procedure benodigde middelen niet kunnen worden opgehaald uit de bezittingen of uit degenen die economisch bij het voeren van de procedure betrokken zijn.

Voor de beroepsprocedure moet binnen de beroepstermijn een verzoek om rechtsbijstand worden ingediend bij het B__.

Voor de beroepsprocedure moet binnen de beroepstermijn een verzoek om rechtsbijstand worden ingediend bij de Administratieve Rechtbank. In het verzoekschrift moet, voor zover redelijk, kort worden toegelicht waarom het beroep in strijd met de uitspraak van de bestuursrechter ontvankelijk wordt geacht.]

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Pohl